

PRESSEMITTEILUNG

FeM Mädchen*haus Frankfurt warnt vor Folgen der geplanten Sozialkürzungen für von Gewalt betroffene Mädchen* und junge Frauen*

*„Das FeM Mädchen*haus war mir eine unglaubliche Unterstützung. Oft stand ich allein im Leben und es war immer das FeM, das mir einen Schutzraum gegeben hat. Ich bin unendlich dankbar für die gesamte Einrichtung, dass sie alle mir geholfen haben aus meinem schrecklichen Leben rauszukommen und mir mein Eigenes zu formen. Sie waren die Ersten, die mir anstatt meiner Familie geglaubt haben“* sagt eine Klientin aus der anonymen Inobhutnahmestelle des Hauses.

Doch die zuletzt diskutierten und im Juni durch den Paritätischen Wohlfahrtsverband veröffentlichten Kürzungspläne in der Kinder- und Jugendhilfe betreffen genau diejenigen, die Unterstützung und Hilfe dringend brauchen. Sie betreffen soziale Träger, die diese Unterstützung leisten. Und somit sowohl die Arbeit des FeM Mädchen*hauses, als auch den Schutz und die Unterstützung von Mädchen* und jungen Frauen*, die von psychischer, körperlicher oder sexualisierter Gewalt betroffen sind. Wie so oft, sind insbesondere Mädchen* und Frauen* diejenigen, die ganz besonders unter dem Wegfall von Unterstützungsstrukturen leiden.

Das FeM Mädchen*haus bietet individuelle, bedarfsgerechte Hilfen, um auf komplexe Fälle von Mädchen* in Krisen eingehen zu können. Es geht mit seinen Hilfsangeboten auf die Ressourcen und Herausforderungen jeder Einzelnen ein und versucht so passgenaue Unterstützung zu leisten, wo Gruppen- oder Standardangebote nicht weiterhelfen. Durch seinen ganzheitlichen Ansatz, mit verschiedenen pädagogischen Disziplinen und speziell ausgebildeten Fachkräften kann das Mädchen*haus schon seit mehr als 40 Jahren eine Anlaufstelle für junge Menschen sein, die Unterstützung suchen und insbesondere Hilfe bei Gewalt benötigen.

Im Offenen Treff können Mädchen* niedrigschwellig Zugang zu Nachmittagsbetreuung, zu Gleichaltrigen und zu ersten Vertrauenspersonen finden. Gibt es weiteren Bedarf, zum Beispiel weil das Mädchen* von Gewalterfahrungen berichtet oder Sexismus erlebt hat, so kann direkt an die Beratungsstelle weitervermittelt werden. Braucht ein Mädchen schnell ein anderes Zuhause, weil es nicht mehr in seiner Familie bleiben kann oder will, ist die anonyme Zuflucht ein sicherer Ort. All diese Hilfen greifen ineinander, ergänzen sich gegenseitig und setzen an den individuellen Bedarfen der Mädchen* an. Und können greifen, wenn Familien- oder Einzelfallhilfen, Eingliederungshilfen, Sozialarbeiter*innen oder Lehrer*innen diese Bedarfe durch ihre Arbeit erkennen und die Heranwachsenden entsprechend ihrer Bedarfe anbinden können. Und sie können individuell auf die Sachlagen eingehen und vor Ort helfen, weil das Mädchen*haus als freier Träger spezifisch, lebenswelt- und sozialraumorientiert helfen kann.

Jedes Mädchen* hat andere Bedürfnisse, sei es aufgrund von Trauma, familiärem Hintergrund oder spezifischen Schutz- und Unterstützungsbedarfen. Und benötigt auf seine Bedarfe angepasste Hilfen. Diese Arbeit ist nicht durch pauschale Angebote oder überregionale Versorgungsstrukturen ersetzbar. Und ist oftmals lebensnotwendig. Eine pauschale Kürzung oder Umstellung auf standardisierte Angebote würde die Qualität der Unterstützung massiv verschlechtern – und im schlimmsten Fall dazu führen, dass Betroffene keine passende Hilfe mehr finden, auf der Straße oder zurück in den vorherigen Gewaltverhältnissen landen.

„Wir dürfen nicht zulassen, dass kurzfristige Sparinteressen über das Wohl und die Sicherheit von Kindern und Jugendlichen, insbesondere der Mädchen gestellt werden. Jede Kürzung in der Jugendhilfe ist eine Kürzung an der Zukunft unserer Gesellschaft. Und ein weiterer Schlag ins Gesicht jeder von Gewalt Betroffenen. Wir lassen Menschen alleine, in dem Moment, wo sie dringend Unterstützung brauchen, weil sie aus eigener Kraft nicht (mehr) können“,* so Johanna Faßnacht vom FeM Mädchenhaus Frankfurt.

Schon seit vielen Jahren hat das Mädchen*haus mit großem Finanzierungsdruck und dem zunehmenden Fachkräftemangel zu kämpfen. Bereits 2024 machte es auf die prekäre Situation in der Stationären Arbeit aufmerksam. Und seit vielen Jahren beteiligt es sich an den Protesten der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Frankfurt, die dringend eine auskömmlichere Finanzierung fordern. Zwar hat die Stadt eine bessere Finanzierung signalisiert. Doch es bleibt nur zu hoffen, dass diese tatsächlich kommt und die Kürzungen nicht zunehmend immer mehr Bereiche treffen werden. Denn schon jetzt spürt die Einrichtung, dass überall großer Spardruck herrscht.

Die nun diskutierten Sparpläne lassen befürchten, dass der Soziale Bereich zunehmend unter Druck gerät. Die jetzt schon am Limit stehenden Strukturen würden weiter zusammenbrechen und die Betroffenen immer weniger Hilfe finden. Und sie machen vor allem eines deutlich: durch viel Mühe erkämpfte Rechte und Errungenschaften, ein gleiches Recht auf Unterstützung für Alle und ein Sozialstaat, der allen Menschen hilft, wenn sie es brauchen, werden grundsätzlich in Frage gestellt und angegriffen.

Auch der Paritätische Gesamtverband warnt in seiner Stellungnahme vor einem „drohenden Kahlschlag im Sozialen“ und betont: *„Was hier unter dem harmlosen Titel ‚Effizienter Ressourceneinsatz‘ verhandelt wird, ist kein verwaltungstechnisches Optimierungsprogramm. Es ist ein Angriff auf Errungenschaften, für die Betroffene, Verbände und Fachleute jahrzehntelang gekämpft haben.“*

Die im Arbeitspapier „Effizienter Ressourceneinsatz bei Leistungsgesetzen“ vorgeschlagenen Kürzungen zielen unter anderem auf:

- Die Abschaffung individueller Hilfen zugunsten pauschaler Angebote (sog. „Pooling“), obwohl diese den spezifischen Bedarf von Gewaltbetroffenen und Traumatisierten absolut nicht decken können.
- Die Anpassung des Subsidiaritätsprinzips, welches ein wichtiges Prinzip der Wohlfahrtspflege ist und eine vielfältige Unterstützungsstruktur vor Ort ermöglicht
- Die Streichung von Nachbetreuung für junge Erwachsene (§41a SGB VIII), die gerade für Care-Leaver*innen aus der Jugendhilfe existenzsichernd ist.
- Die Einschränkung des Wunsch- und Wahlrechts, das Betroffenen mit Einschränkungen die Möglichkeit gibt, sich eine Einrichtung auszusuchen, die zu ihren Bedürfnissen passt.

Das FeM Mädchen*haus Frankfurt fordert die politisch Verantwortlichen auf:

- Die Kürzungspläne zurückzunehmen: sowohl in der Kinder- und Jugendhilfe, in der Eingliederungshilfe als auch in der Integrationsarbeit.
- Die langfristigen Folgen von Sozialabbau und Kürzungen in der Jugendhilfe zu beachten: Wer heute an einem solidarischen Netz für die Gesellschaft und deren Heranwachsende spart, zahlt morgen für die Folgen wie u.a. psychische Erkrankungen, Armut, Kriminalität oder Wohnungslosigkeit.
- Individuelle Hilfen zu stärken: denn nur sie können den spezifischen Bedarfen von Gewaltbetroffenen gerecht werden.
- Die Arbeit von Fachstellen wie dem FeM Mädchen*haus langfristig zu sichern: und im Sinne der Istanbul Konvention in den Schutz und die Zukunft von Mädchen* und jungen Frauen* zu investieren.
- Die Menschenrechte zu achten: Die UN-Kinderrechtskonvention und die UN-Behindertenrechtskonvention garantieren individuelle Unterstützung und Teilhabe. Die Kürzungsvorschläge verstoßen gegen diese Verpflichtungen, welche nicht verhandelbar sind.

Gemeinsam mit einem breiten Bündnis aus Zivilgesellschaft, Trägerlandschaft, Wohlfahrtspflege und Gewerkschaften ruft das FeM Mädchen*haus zur Großdemonstration am 26.09.2026, 11 Uhr am Willy-Brandt-Platz in Frankfurt am Main auf. Und freut sich über alle, die sich solidarisch anschließen und sich gegen den Sozialabbau einsetzen.

Hintergrund:

Als eine der führenden Fach- und Schutzstellen in Hessen bietet das FeM Mädchen*haus seit 1986 individuelle, bedarfsgerechte Hilfen: von der anonymen Zuflucht über Fachberatung bis hin zu Offenem Treff und Empowerment.

Das FeM Mädchen*haus Frankfurt ist eine Einrichtung der freien Jugendhilfe und wird durch öffentliche Zuschüsse, Projektgelder und viele Einzelpersonen und Spendende finanziert

Weitere Infos:

Paritätischer enthüllt massive Kürzungspläne <https://www.der-paritaetische.de/alle-meldungen/massive-kuerzungsvorschlaege-bei-kindern-jugendlichen-und-menschen-mit-behinderung/>